



NIEDERSCHRIFT

über die 28. Sitzung des Stadtrates
der Stadt Landau in der Pfalz
am Dienstag, 23.05.2017,
im Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal

Beginn: 17:00

Ende: 19:07



Anwesenheitsliste

CDU

Cyrus Bakhtari

Dr. Thomas Bals

Heidi Berger

Susanne Burgdörfer

Jürgen Doll

Ralf Eggers

Rudi Eichhorn

Susanne Höhlinger

Andreas Hott bis 17.51 Uhr TOP 5 ö.S.

Dr. Andreas Hülsenbeck

Peter Lerch

Bernhard Löffel

Rolf Morio

Michael Schreiner

SPD

Sonja Baum-Baur

Hermann Demmerle

Prof. Peter Leiner

Florian Maier

Günter Scharhag

Michael Scheid

Heinz Schmitt

Armin Schowalter

Magdalena Schwarzmüller



Aydin Tas

Hans Peter Thiel

Bündnis 90/Die Grünen

Susanne Follenius-Büssow

Lukas Hartmann

Andrea Heß

Christian Kolain

Udo Lichtenthäler

Sophia Maroc

FWG

Michael Dürphold

Wolfgang Freiermuth

Linda Klein

Hans Volkhardt

ab 18.03 Uhr TOP 6 ö.S.

Pfeffer und Salz

Dr. Gertraud Migl

Jakob Wagner

Parteilos

Bertram Marquardt

AfD

Jürgen Sauer

LKR

Georg Schmalz



FDP

Jochen Silbernagel

Vorsitzender

Thomas Hirsch

Bürgermeister

Dr. Maximilian Ingenthron

Beigeordneter

Rudi Klemm

Berichterstatter

Christine Baumstark

(Hauptamt)

Michael Götz

(Gebäudemanagement)

Stefan Joritz

(Amt für Recht und öffentliche Ordnung)

Christoph Kamplade

(Stadtbauamt)

Martin Messemer

(Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung)

Ralf Müller

(Amt für Schulen, Kultur und Sport)

Jan Marco Scherer

(Sozialamt)

Roland Schneider

(Projektgruppe Landau baut Zukunft)

Irmgard Weis

(Projektgruppe Landau baut Zukunft)

Sonstige

Sandra Diehl

(Leiterin Pressestelle)

Rolf Kost

(Ortsvorsteher Wollmesheim)

Dorothea Müller

(Ortsvorsteherin Mörzheim)



Schriftführer

Markus Geib

Entschuldigt

SPD

Dr. Hans-Jürgen Blinn

Prof. Dr. Hannes Kopf

Monika Vogler



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Der Vorsitzende überbrachte die Grüße und den Dank von Frau Dott. Francesca Chillemi Jungmann und Herrn Wilhelm Hauth für den Beschluss zur Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau. Der Oberbürgermeister hat die Ehrung vor der Sitzung des Stadtrates in einer Feierstunde vorgenommen.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde
2. Geothermiekraftwerk
 - 2.1. Allgemeiner Sachstand
 - 2.2. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Öffentliche Anhörung zur Wiederinbetriebnahme des Geothermie-Kraftwerkes
Vorlage: 101/365/2017
3. Fortschreibung des Integrationskonzeptes der Stadt Landau in der Pfalz – „Integrationskonzept 2.0“
Vorlage: 500/035/2017
4. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Beteiligung der Gastronomie und des Einzelhandels an der Aktion "Nette Toilette"
Vorlage: 101/363/2017
5. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Prüfung einer Bewerbung der Stadt Landau zur Ausrichtung des Rheinland-Pfalz-Tages im Jahr 2024
Vorlage: 101/366/2017
6. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Umbau Königstraße
Vorlage: 101/367/2017
7. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Parkregelung im Fliegerviertel
Vorlage: 101/368/2017
8. Widmung eines Gebäudes in das Vermögen des Eigenbetriebes Gebäudemanagement Landau (GML)
Vorlage: 240/063/2017
9. Höhe des Eigenanteils für das Mittagessen in den Ganztagschulen
Vorlage: 400/070/2017
10. Beauftragung der Grundschule Horstring als Schwerpunktschule ab dem Schuljahr 2017/2018
Vorlage: 400/071/2017



11. Stadtumbaugebiet „Östliche Innenstadt“; Einleitung von vorbereitenden Untersuchungen gem. § 141 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) für den Bereich des „Rosenplatzes“
Vorlage: 610/455/2017
12. Vorhabenbezogener Bebauungsplan C22 „Ile de France‘ - 1. Teiländerung“ für den Bereich Zweibrückerstraße- Aufstellungsbeschluss
Vorlage: 610/456/2017
13. Zustimmung Satzungsänderung im Zweckverband des Verkehrsverbund Rhein-Neckar (ZRN)
Vorlage: 660/135/2017
14. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Ein Einwohner bemängelte die Transparenz und Öffentlichkeitsarbeit der Verwaltung. So habe er versucht, an die Parkraumanalyse zu kommen, die er aber nur im Bauamt habe einsehen können. Er frage, warum solch ein Dokument nicht öffentlich im Internet zugänglich sei.

Der Vorsitzende entgegnete, dass der Hinweis berechtigt sei. Man werde dies veranlassen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Geothermiekraftwerk



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2.1. (öffentlich)

Allgemeiner Sachstand

Der Vorsitzende erläuterte, dass es seit der Stilllegung des Kraftwerkes infolge der Bodenhebungen immer wieder Kontakt mit dem Landesamt für Geologie und Bergbau gegeben habe. Letzter Stand sei gewesen, dass in absehbarer Zeit nicht mit einem Wiederanfahren des Geothermiewerkes zu rechnen sei. Man sei daher überrascht gewesen von der Ankündigung des Landesamtes, dass in den nächsten 14 Tagen mit einem Anfahren des Kraftwerkes gerechnet werden könne. Bei einem Gespräch im Wirtschaftsministerium sei dann von einem Missverständnis gesprochen worden. Ein Wiederanfahren sei derzeit nicht aktuell, weil noch Unterlagen fehlen würden. Man müsse aber davon ausgehen, dass bei Erfüllung aller Voraussetzungen das Geothermiekraftwerk wieder ans Netz gehe. Der Betreiber habe bei Erfüllung aller Anforderungen einen Rechtsanspruch auf Wiederinbetriebnahme. Die Bürgerinitiative habe sich mittlerweile auseinandergesprochen. Es sei heute nochmals bestätigt worden, dass keine Gefahr für das Trinkwasser bestehe. Klar sei aber, dass die Überwachung gerade in diesem Bereich weitergeführt werde. Vor einer Wiederinbetriebnahme des Kraftwerkes werde es eine Informationsveranstaltung für die Bürgerinnen und Bürger geben. Insofern sehe er den Antrag der CDU-Stadtratsfraktion als erledigt an.

Ratsmitglied Lerch erklärte, dass Geothermie für Landau ein besonderes Thema geworden sei. Am Anfang als Zukunftstechnologie von allen begrüßt, gebe es mittlerweile eine Kaskade von Pannen und Fehlern. Die Akzeptanz in der Bevölkerung sei massiv beeinträchtigt. Es könne nicht sein, dass das Kraftwerk beim jetzigen Stand der Dinge wieder ans Netz gehe. Nach der Erklärung des Oberbürgermeisters zur Informationsveranstaltung sehe er den Antrag seiner Fraktion auch als erledigt an.

Ratsmitglied Schowalter unterstrich, dass die Geothermie auch für die SPD-Stadtratsfraktion ein interessanter Ansatz zur Gewinnung von Energie gewesen sei. Nun sei aber die Akzeptanz in der Bevölkerung nicht mehr vorhanden. Wenn das Unternehmen nun darauf bestehe, weiterzumachen sei dies eine traurige Vorgehensweise. Die SPD-Stadtratsfraktion begrüße den Antrag der CDU.

Ratsmitglied Hartmann begrüßte für die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion die geplante Informationsveranstaltung. Nichts desto trotz sei es eine enttäuschende Perspektive. Er erinnere sich noch gut an die Angriffe auf die damalige Wirtschaftsministerin vor 3 Jahren, das Kraftwerk abzuschalten. Jetzt höre man nichts in Richtung des jetzigen Wirtschaftsministers. Das Problem sei, dass die erteilte Genehmigung nicht einfach zurückgenommen werden könne. Der Betreiber habe einen Anspruch auf die Wiederinbetriebnahme.

Der Vorsitzende entgegnete, dass es vor 3 Jahren tatsächlich ein kleines Zeitfenster für eine politische Lösung gegeben habe. Da hätten zum richtigen Zeitpunkt alle mitspielen müssen. Dieses Zeitfenster sei jetzt geschlossen. Man werde aber natürlich versuchen, ein solches Zeitfenster wieder zu öffnen.

Ratsmitglied Freiermuth erinnerte daran, dass man einhellig der Meinung gewesen sei, dass man diese Energieform hier nutzen könne. Man sollte hier schon eine gewisse Sachlichkeit walten lassen. Klar sei, dass man das Recht wahren müsse. Der Bürger habe aber mit Sicherheit ein Anrecht, informiert zu werden.



Ratsmitglied Dr. Migl war der Meinung, dass eine solche Informationsveranstaltung sehr wichtig sei. Bei der Veranstaltung des SWR fühlte man sich nicht ernst genommen. Man habe die Sorgen der Bürger bagatellisiert. Der Antrag der CDU sei sinnvoll, allerdings sollte man zur Veranstaltung auch Vertreter der BI einladen. Als Stadt sollte man überlegen, ob man nicht doch mehr Einfluss habe.

Ratsmitglied Marquardt erklärte, dass aus seiner Sicht die Politik hätte früher handeln müssen. Dann hätte man nicht Steuergelder sinnlos zum Fenster hinausgeworfen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2.2. (öffentlich)

Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Öffentliche Anhörung zur Wiederinbetriebnahme des Geothermie-Kraftwerkes

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 14. April 2017, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Es wird auf die Protokollierung zu Tagesordnungspunkt 2.1 verwiesen.

Der Stadtrat nahm den Antrag zur Kenntnis.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Fortschreibung des Integrationskonzeptes der Stadt Landau in der Pfalz – „Integrationskonzept 2.0“

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Sozialamtes vom 14. März 2017, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Die Stadt Landau sei eine der ersten gewesen, die eine kommunale Integrationsbeauftragte eingeführt habe und die als erste ein kommunales Integrationskonzept entwickelt habe. Damals 2011 aber seien die Rahmenbedingungen andere gewesen als heute. Jetzt habe die Integration der Flüchtlinge Priorität. Für das erste Integrationskonzept habe man eine Förderung der Bertelsmann-Stiftung erhalten und sei in der Entwicklung von Herrn Dr. Kösters begleitet worden. Auch diesmal wolle man gerne diese Begleitung haben. Heute habe er die Mitteilung erhalten, dass vom Land eine Förderung von 10.000 Euro für die Fortschreibung dieses Konzeptes komme.

Ratsmitglied Burgdörfer begrüßte die Fortschreibung des Integrationskonzeptes. Notwendig sei weiterhin die Vernetzung der Fachstellen und Fachkräfte in unserer Stadt. Es sei wichtig, die neue Zeit mit der Integration der Flüchtlinge positiv zu begleiten. Die CDU-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu.

Ratsmitglied Schwarzmüller erklärte, dass die Stadt Landau durch das Integrationskonzept gut auf die Flüchtlinge vorbereitet gewesen sei. Im Sozialausschuss sei deutlich geworden, dass die Praxis sich doch häufig von der Theorie unterscheide. Gerade jetzt sei eine weitere intensive Begleitung der Menschen notwendig. Sie hoffe, dass durch die Fortschreibung neue Schwerpunkte gesetzt werden. Die SPD-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Follenius-Büssow unterstrich, dass schon das erste Integrationskonzept damals eine innovative Sache gewesen sei. Ganz wichtig sei, dass es in Landau eine sehr starke Vernetzung der Akteure gebe. Mit dem ersten Integrationskonzept seien gute Grundsteine gelegt worden, die man jetzt fortschreiben müsse. Wichtig sei ihr, dass es nicht bei einem Konzept bleibe, sondern dass man die Arbeit der Menschen hilfreich begleite. Die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion werde zustimmen.

Ratsmitglied Freiermuth betonte, dass man Integration und keine Parallelgesellschaften wolle. Der Schlüssel hierfür sei letztendlich die Sprache. Daran hapere es teilweise. Integrieren könne man Menschen auch durch Arbeit. Die FWG-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage ebenfalls zu.

Ratsmitglied Dr. Migl lobte die Verwaltung für die Sitzung des Sozialausschusses, die hervorragend vorbereitet gewesen sei. Die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage ebenfalls zu.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

- 1. Die Verwaltung wird beauftragt einen Fortschreibungsprozess für das Integrationskonzept zu starten.**
- 2. Zur Begleitung des Prozesses wird eine Prozesssteuerungsgruppe mit je 6 Vertretern aus Politik, Verwaltung und zivilgesellschaftlichem Leben eingerichtet.**



3. Der Auftrag zur externen Begleitung der Fortschreibung des Integrationskonzeptes wird Herrn Dr. Kösters, Hauptstraße 49, 50126 Bergheim erteilt. Die Kosten hierfür belaufen sich voraussichtlich auf ca. 22.000 €.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Beteiligung der Gastronomie und des Einzelhandels an der Aktion "Nette Toilette"

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 5. April 2017, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Scharhag begründete den Antrag. In Landau gebe es zu wenig öffentliche Toiletten. Daher sei die Initiative „Nette Toilette“ eine gute Sache. Die Neuanlage von öffentlichen Toiletten würde 100.00 Euro kosten. Mit der Aktion „Nette Toilette“ könne man mit geringen Mitteln Abhilfe schaffen. Ansprechpartner hierfür seien das Büro für Tourismus und das Stadtmarketing. Beide hätten ja das Ziel, die Attraktivität der Stadt zu stärken. In allen 260 Städten, die an der Aktion „Nette Toilette“ teilnehmen, würde dies problemlos funktionieren. Gaststätten, mit denen er gesprochen habe, würden die Aktion unterstützen. Er bitte um Unterstützung für den Antrag.

Der Vorsitzende begrüßte den Antrag und die Initiative für die Aktion „Nette Toilette“. Allerdings seien hier finanzielle Mittel notwendig. Daher schlage er vor, den Antrag in die Haushaltsberatungen 2018 zu verweisen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 5. April 2017, die Beteiligung der Gastronomie und des Einzelhandels an der Aktion „Nette Toilette“ zu prüfen, wird in die Haushaltsberatungen 2018 verwiesen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Prüfung einer Bewerbung der Stadt Landau zur Ausrichtung des Rheinland-Pfalz-Tages im Jahr 2024

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 28. April 2017, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Prof. Leiner begründete den Antrag. Landau habe den Rheinland-Pfalz-Tag bereits im Jahr 2001 gehabt. Daher schlage man vor, sich für das Jahr des Stadtjubiläums 2024 wieder um die Ausrichtung zu bewerben. Man bitte die Verwaltung, die Rahmenbedingungen zu prüfen. Er sei der Meinung, dass dies ein parteiübergreifendes Anliegen sein und man es gemeinsam auf die Füße stellen sollte.

Der Vorsitzende erklärte, dass man mit diesem Antrag bei der Verwaltungsspitze offene Türen einrenne. Landau habe sehr gute Erfahrungen mit der Ausrichtung von Landesfesten. Er nehme den Auftrag gerne mit, mit dem Land zu sprechen. Man sollte sich aber nicht nur auf das Jahr 2024 konzentrieren.

Ratsmitglied Wagner war der Meinung, dass die Haushaltslage ein solches Fest nicht hergebe. Man sollte erst mal das Grundlegende erledigen und nicht stattdessen ein Prestigeobjekt machen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Rahmenbedingungen für eine Bewerbung der Stadt zur Ausrichtung des Rheinland-Pfalz-Tages zum Stadtjubiläum im Jahr 2024 zu prüfen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Umbau Königstraße

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 6. Mai 2017, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Lerch begründete den Antrag. Man befürworte parteiübergreifend den Ausbau der Königstraße. Für die CDU-Fraktion seien immer zwei Bedingungen wichtig gewesen. Zum einen eine breite Bürgerbeteiligung, die auch stattgefunden habe. Zum anderen gehe es darum, Ersatz für wegfallende Stellplätze zu schaffen. Darum sollte man sich Gedanken machen über eine Kompensation. Hierfür wäre der Weißquartierplatz auf den ersten Blick ein guter Platz. Dies sei keine Festlegung von Seiten seiner Fraktion, sondern die Bitte um eine schnellstmögliche Prüfung. Wenn die Prüfergebnisse vorliegen, sollte man die Anwohner einbeziehen.

Der Vorsitzende unterstrich, dass im Zuge des geplanten Umbaus der Königstraße Parkmöglichkeiten einer der zentralen Punkte gewesen sei. Die Verwaltung untersuche die verschiedenen Möglichkeiten, der Weißquartierplatz sei eine davon. In der Sitzung des Bauausschusses am 6. Juni werde man hierzu konkrete Vorschläge machen. Er schlage daher vor, den Antrag dorthin zu verweisen.

Ratsmitglied Maier hielt es für wichtig, dass es hier keine Denkverbote gebe. Der Weißquartierplatz könne eine Option sein, aber es gebe vielleicht noch andere Möglichkeiten. Die SPD-Stadtratsfraktion sei mit einem Verweis in den Bauausschuss einverstanden.

Ratsmitglied Hartmann stellte klar, dass die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion kein Parkhaus auf dem Weißquartierplatz wollen. Man wolle stattdessen breitere Gehwege in der Martin-Luther-Straße und der Königstraße, attraktive Einkaufsmöglichkeiten im Innenstadtring und man wolle für beide Straßen eine Öffnung für den gegenläufigen Radverkehr. Die Parkraumanalyse sei sehr eindeutig, es gebe in sieben Himmelsrichtungen in der Stadt überhaupt kein Problem. Der Bereich, in dem der Weißquartierplatz liege, sei aber durchaus ein neuralgischer Punkt über den man reden könne. Der Bürgerbeteiligungsprozess sei in seinem Verlauf durchaus problematisch gewesen. Die Grünen wollten alle Punkte zusammen erörtern und zusammendenken. Alle diese Punkte würden nämlich auch zusammengehören.

Der Vorsitzende war der Meinung, dass man im Prinzip nicht weit auseinander liege. Man habe ja gezeigt, dass man bereit sei den Fokus zu öffnen.

Ratsmitglied Freiermuth unterstrich, dass sicherlich alle eine attraktive Innenstadt wollten. Es sei zweifellos nicht verkehrt, sich den Weißquartierplatz anzusehen. Vielleicht sollte man auch überlegen, in die Tiefe zu gehen. Die FWG-Stadtratsfraktion sei für eine vorbehaltlose Prüfung.

Ratsmitglied Wagner sah das ganze eher kritisch. Es brauche hier ein Gesamtkonzept, das man zusammendenken müsse. Beim Weißquartierplatz wären 200 qm Grünstreifen und 50 Bäume gefährdet. Er könne sich aber dennoch vorstellen, über ein Parkhaus am Weißquartierplatz zu reden, wenn dafür der komplette Innenstadtring autofrei werde.



Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 6. Mai 2017, dass die Verwaltung in konkrete Planungen für die Schaffung zusätzlicher Parkplätze auf dem Areal des Weißquartierplatzes eintreten soll, wird in den Bauausschuss verwiesen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)

Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Parkregelung im Fliegerviertel

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 15. Mai 2017, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Lerch begründete den Antrag. Der damalige Beschluss des Bauausschusses sei klar auf eine Testphase abgestellt gewesen. Mittlerweile gebe es eine breit angelegte Protestbewegung der Anwohner, die mit der getroffenen Lösung offenbar große Probleme hätten. Dies mache es erforderlich, die bestehende Regelung zu überprüfen und gegebenenfalls Lösungen aufzuzeigen. Die CDU-Stadtratsfraktion habe Lösungsmöglichkeiten aufgezeigt, eine davon sei ein Anwohnerparken. Es sei erforderlich, eine Evaluation herbeizuführen, die Ergebnisse mit den Bürgern zu besprechen und vor einer dauerhaften Umsetzung den Bauausschuss zu befassen.

Der Vorsitzende betonte, dass es sehr unterschiedliche Wortmeldungen aus dem Fliegerviertel gebe. Es sei problematisch, dass es wohl keine einheitliche Regelung für das gesamte Viertel geben werde. Deshalb sei es für die Verwaltung eine Selbstverständlichkeit, eine Evaluation zu machen. Er schlage vor, den Antrag in die nächste Sitzung des Bauausschusses zu nehmen. Die Verwaltung werde dort einen Vorschlag machen.

Ratsmitglied Schowalter plädierte dafür, den Bürgern Zeit zu geben, sich an die Änderungen zu gewöhnen und sich zu positionieren. Es sei für den Stadtrat wichtig, Ruhe zu bewahren und zu gegebener Zeit sachlich zu reagieren.

Ratsmitglied Lichtenthäler ging davon aus, dass eine Evaluation ohnehin stattfinden werde. Daher verstehe er den Antrag nicht so ganz. Er könne aber damit leben, das im nächsten Bauausschuss nochmal zu besprechen. Das Problem liege darin, dass alle aufgezeigten Alternativen Vor- und Nachteile hätten.

Ratsmitglied Freiermuth erklärte, dass es aus gutem Grund eine Testphase sei. Fakt sei, dass eine Menge an Parkplätzen wegfallen. Man sollte in Ruhe darüber reden und keine Schnellschüsse machen.

Ratsmitglied Löffel unterstrich, dass der Antrag der CDU-Fraktion nur darauf abziele, das zu vollziehen was beschlossen wurde. Man mache sich deswegen nicht zum Spielball.

Ratsmitglied Maroc teilte mit, dass es ab Oktober von Seiten der Universität ein kleines neues Parkkonzept geben werde. Damit werde hoffentlich der Parkdruck im Fliegerviertel etwas gelindert.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 15. Mai 2017, die derzeitige Parkregelung im Fliegerviertel einer Evaluation zu unterziehen, wird in den Bauausschuss verwiesen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)

Widmung eines Gebäudes in das Vermögen des Eigenbetriebes Gebäudemanagement Landau (GML)

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Kämmereiabteilung vom 10. Mai 2017, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

die Übertragung eines überdachten Grillplatzes in Landau-Mörzheim mit dem Buchwert von einem Euro in das Vermögen des Gebäudemanagements Landau.

Die Übertragung soll in Form einer Einlage durch den Einrichtungsträger (Stadt Landau in der Pfalz) als zweckgebundene Rücklage in der Bilanz des GML abgewickelt werden.

Die Widmung erfolgt rückwirkend zum 01. Januar 2017 und ab diesem Zeitpunkt ist das Gebäudemanagement für die Unterhaltung und Bewirtschaftung des o.g. Gebäudes zuständig.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 9. (öffentlich)

Höhe des Eigenanteils für das Mittagessen in den Ganztagschulen

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Schulen, Kultur und Sport vom 26. April 2017, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Bürgermeister Dr. Ingenthron bat darum, beim Spiegelstrich des Beschlussvorschlages die Nordringschule zu ergänzen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

ab dem Schuljahr 2017/2018 die Eigenbeteiligung der Eltern an den Kosten des Mittagessens wie folgt festzusetzen:

- für die Mittagsverpflegung an den Grundschulen Horstring, Thomas-Nast und Süd auf 3,55 € (von bisher 3,35 €)
- für die Mittagsverpflegung an der Grundschule Pestalozzi auf unverändert 3,85 € und
- für die Mittagsverpflegung an der Konrad-Adenauer-Realschule plus, Integrierten Gesamtschule, Otto-Hahn-Gymnasium und Nordringschule auf 3,95 € (von bisher 3,85 €).



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 10. (öffentlich)

Beauftragung der Grundschule Horstring als Schwerpunktschule ab dem Schuljahr 2017/2018

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Schulen, Kultur und Sport vom 22. März 2017, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Kolain begrüßte für die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion ausdrücklich die Einrichtung einer weiteren Schwerpunktschule. Er gebe aber zu bedenken, dass es auch einen weiteren Bedarf an weiterführenden Schulen gebe.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

das Einvernehmen gemäß § 92 Abs. 7 Schulgesetz zur Beauftragung der Grundschule Horstring als Schwerpunktschule zu erteilen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 11. (öffentlich)

Stadtumbaugebiet „Östliche Innenstadt“; Einleitung von vorbereitenden Untersuchungen gem. § 141 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) für den Bereich des „Rosenplatzes“

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 24. April 2017, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Dr. Migl erklärte, dass die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion die Vorlage ablehnen werde. Dies habe sehr wenig Realisierungschancen und sei ohne Perspektive. Es gebe zweifellos wichtigeres zu tun.

Der Vorsitzende entgegnete, dass man diesen Platz vielleicht irgendwann brauchen werde. Darüber könne man aber nur entscheiden, wenn man Fakten habe.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 39 Ja- und 2 Nein-Stimmen:

1. die Einleitung von vorbereitenden Untersuchungen gem. § 141 Abs. 3 BauGB für das in der Anlage gekennzeichnete, ca. 2,8 ha große, Gebiet „Rosenplatz“.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, den Beschluss über den Beginn der vorbereitenden Untersuchungen gem. § 141 Abs. 3 Satz 2 BauGB ortsüblich bekannt zu machen und dabei auf die Auskunftspflicht nach § 138 BauGB hinzuweisen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12. (öffentlich)

Vorhabenbezogener Bebauungsplan C22 „Ile de France‘ - 1.Teiländerung“ für den Bereich Zweibrückerstraße- Aufstellungsbeschluss

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 11. April 2017, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

1. Für das in der Anlage 1 umgrenzte Flurstück 2458/19 der Gemarkung Landau wird der Vorhabenbezogene Bebauungsplan C22 „Ile de France‘ - 1.Teiländerung“ gemäß § 12 BauGB aufgestellt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB durchzuführen.
3. Die Verwaltung wird mit der Vorbereitung des gemäß § 12 Abs. 1 Satz 1 BauGB mit dem Vorhabenträger vor Satzungsbeschluss des Vorhabenbezogenen Bebauungsplans abzuschließenden Durchführungsvertrags beauftragt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 13. (öffentlich)

Zustimmung Satzungsänderung im Zweckverband des Verkehrsverbund Rhein-Neckar (ZRN)

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 10. Mai 2017, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

den im Sachverhalt erläuterten Änderungen der Verbandssatzung des Zweckverbandes Verkehrsverbund Rhein-Neckar (ZRN) zuzustimmen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 14. (öffentlich)

Verschiedenes

Ratsmitglied Schowalter erinnerte an die Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zum Thema Obdachlosigkeit.

Der Vorsitzende entgegnete, dass die Antwort in der kommenden Woche rausgehen werde.

Ratsmitglied Hartmann wollte wissen, bis wann mit einer Antwort auf die Anfrage der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion zur Einwohner-Hektar-Relation zu rechnen sei.

Der Vorsitzende sicherte auch hier eine zeitnahe Antwort zu.



Die Niederschrift über die 28. Sitzung des Stadtrates der Stadt Landau in der Pfalz am 23.05.2017 umfasst 21 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 85.

Vorsitzender

Gesehen

Thomas Hirsch
Oberbürgermeister

Dr. Maximilian Ingenthron
Bürgermeister

Markus Geib
Schriftführer

Rudi Klemm
Beigeordneter